

Hohenstein-Crussthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Crussthal, Oberlungwitz, Bersdorf

Gugau, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aussträger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Bahnhofstraße 3 (nahe dem R. Amtsgericht).
Telegramm-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Crussthal.

Insertionsgebühren: die fünfgespaltene Corpusspaltel oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärtig 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Ausnahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 191.

Freitag, den 19. August 1898.

25. Jahrgang.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Ausbildung des kaiserlichen Kronprinzen wird hauptsächlich in der Infanteriewaffe erfolgen; dagegen ist für den zweiten Sohn des Kaisers eine mehr kavalleristische Ausbildung vorgesehen, während der dritte Sohn in die Spuren des Prinzen Heinrich treten und zum Marineoffizier ausgebildet werden soll.

Die Attacken auf das Reichswahlrecht werden von der „Köln. Ztg.“ schon jetzt unmittelbar nach den Reichstagswahlen ganz wieder aufgenommen. Die „Köln. Ztg.“ meint, das allgemeine Wahlrecht sei zwar richtig, aber das gleiche Wahlrecht sei ein Fremdkörper im Bestehenden, sei revolutionär und berge einen zerstörenden Keim für den Staatskörper. Es störe das Gleichgewicht zwischen Kultur und Natur durch Verschlebung nach den brutalen Kräften hin. Die „Köln. Ztg.“ bezeichnet den jetzigen Zustand als theoretisch und praktisch unhaltbar. Beseitigung des gleichen Wahlrechts sei das nächste und höchste Staatsbedürfnis!! Das Wahlrecht sei verschieden zu bemessen nach dem Grade der Bildung, der wirtschaftlichen Selbstständigkeit, der Erfahrung und Lebensreise. Man stehe fast in der letzten Stunde, in welcher eine legale (gesetzliche) Wahlreform möglich ist. Werde die letzte Möglichkeit verpasst, so werde staatlicher Absolutismus und Reaktion eintreten. Die „Köln. Zeitung“ ist also schon soweit, mit dem Staatsrecht zu drohen, falls die „legale Reform“ des Wahlrechts nicht gelingt. Der Artikel der „Köln. Ztg.“ schließt, wie folgt: „Der Reichstag wird aber damit vor eine Entscheidung gestellt, die weit über die Bedeutung des Wahlrechts hinausgeht, vor eine Entscheidung über Sein oder Nichtsein des konstitutionellen Staatswesens und der geistigen und ethischen Kultur; vor eine Verantwortung, vor der es für die Meinungsfreiheit und Meinungsfreiheit einfach keinen Ausweg giebt. Und so wird er und muß er mit Hand anlegen zum Ausbau des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts, das mit seinem Gleichheitsprinzip nichts anderes als ein modernes Faustrecht ist.“

Die „Frankfurter Oder Zeitung“ schreibt unter dem Titel: „Gönnt dem großen Todten Ruhe“: „Wer den Mann, der für Deutschland mehr gethan hat, als je einer vor ihm und als je einer nach ihm thun wird, wahrhaft ehrt, wird in seinem Egoismus nicht so weit gehen, ihn nur für sich zu beanspruchen. Wenn immer betont wird, daß große Männer im Leben wie im Tode nur ihrem Volke gehören, so darf man wohl dagegen fragen, ob denn große Männer ganz des natürlichen Menschenrechtes verloren gehen sollten, über sich selbst bestimmen zu dürfen. Wer kennt nicht die schöne Anekdote von dem Großen Friedrich, der, als ein übereifriger Hösling den in einer Gesellschaft eingeschlafenen alten Zieten aufwecken will, sagt: „Laßt schlafen mir den Alten, er hat genug gewacht.“ Bismarck hat für sein Volk genug gewacht; die Sorge um die Nation raubt mir den Schlaf“, konnte er mit berechtigtem Selbstbewußtsein einmal sagen. Er hat genug gewacht, der Alte, nun laßt ihn schlafen, möchte man denen entgegen rufen, die ihn immer wieder für sich beanspruchen. Im Uebrigen aber ist es auch aus sachlichen Gründen entschieden richtiger, wenn der große Kanzler in Friedrichsruh und nicht in Berlin seine letzte Ruhestätte findet. In dem wogenden Leben der Großstadt geht die weihvolle Andacht verloren. Wie schwer wird es z. B. bei der Betrachtung des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm, die volle innere Sammlung zu finden, weil man von dem lärmhaften Leben des Tages umbrandet wird. Wer aber nach Friedrichsruh kommt und das Grabmal des großen Kanzlers besucht, findet dort die Ruhe, die

für weihvolles Gedenken erforderlich ist. Und wenn das Berliner Blatt meint, daß Niemand nach Friedrichsruh kommen würde, nun so wollen wir doch erst einmal abwarten, ob diese Voraussage zutrifft. Gewiß werden in Friedrichsruh nur eben so viele Zehntausende das Grabmal besuchen, wie es in Berlin Hunderttausende gethan hätten. Aber die Zehntausende werden um des großen Kanzlers willen nach Friedrichsruh kommen, während in Berlin Bismarcks Grab nur ein Punkt eines Vergnügungsprogramms gewesen wäre. „Um 10 Uhr Nationalgalerie, um 11 Uhr Bismarcks Grab, um 12 Uhr Kaiser Wilhelm-Denkmal, um 12 1/2 Uhr Vorüberziehen der Wachtparade“, so etwa würde das Programm lauten und Niemand würde darüber mehr farbstische Bemerkungen gemacht haben als Fürst Bismarck selbst. Dem Besuche des neugierigen Hauens wollte er eben entgegen, als er die Bestimmung über seine Ruhestätte traf.“

Zur Palästina-Reise des Deutschen Kaisers bringt das türkische Hofblatt „Servet“ folgende bemerkenswerthe Auslassung: „In europäischen Blättern ist ein eigentümlicher Streit darüber entstanden, welche politische Bedeutung die von Kaiser Wilhelm geplante Reise nach den christlichen Stätten Palästinas haben könne. Wir dürfen hierzu wohl bemerken, daß Sultan Abdul Hamid, nachdem er von dem Wunsche des Deutschen Kaisers, jene Stätten zu besichtigen, Kenntniß erhalten, denselben in freundschaftlicher Weise eingeladen hat, die Reise auszuführen. Kaiser Wilhelm erscheint somit in Palästina als der Gast unferes Herrschers, welcher durchaus davon überzeugt ist, daß sein kaiserlicher Freund mit dieser Reise keinerlei politische Zwecke verfolgt. Hat doch Kaiser Wilhelm erst kürzlich dadurch, daß er die deutsche Besatzungstruppe von Kreta zurückrief, durch die That bewiesen, daß er, in einem sehr erfreulichen Gegensatze zu manchen anderen Mächten, die Hoheitsrechte des Sultans in gewissenhafter Weise achtet. Es ist daher sehr müßig, wenn einzelne europäische Blätter befürchten, Kaiser Wilhelm erstrebe ein Protektorat über Palästina oder wolle angebliche Rechte anderer Staaten in jenem Lande beeinträchtigen. Sollte dagegen der ganze Streit dadurch entstanden sein, weil man an manchen Stellen mit etwas scheelen Blicken auf das innige Freundschaftsverhältnis sieht, welches zwischen Kaiser Wilhelm und unserem Herrscher besteht, so möge man bedenken, daß der Deutsche Kaiser, obgleich er selbst streng an seinem eigenen Glauben hängt, doch wiederholt dafür den Beweis geliefert hat, daß er auch den heiligen Glauben der Kaiser achtet und ehrt.“

Paffau, 17. August. Die Donauzeitung meldet aus Wegscheid: Ein großer Brand wüthete gestern Vormittag in Wildenrauna und zerstörte 31 Anwesen. Zwei Personen und viel Vieh ist verbrannt. Die eingebrachte Ernte ist vernichtet.

Braunschweig, 17. August. Auf offener Straße verbrannte gestern der 72jährige Friedrich Staud. Er stand im Augenblick in hellen Flammen und ist den Brandwunden erlegen. Die Ursache wird darauf zurückgeführt, daß er die brennende Cigarre bez. Pfeife in die Tasche gesteckt hatte.

England. Die Lage in Südwesten, wo seit Ostern 90000 Grubenarbeiter feiern, ist unendlich traurig. Reisende beschreiben das offene Land wie von einem Kriegszuge verheert und ausgefogen, die Städte wie durch eine Belagerung ausgehungert. Ueberall darben Männer, Frauen und Kinder, denen der Hunger aus den Augen schaut. Da die Wesshmen ein singfrohes Völkchen sind, haben die Gesangsvereine und Kirchchöre in Schaaren das Land verlassen; sie ziehen singend und Beiträge sammelnd in England umher oder haben sich in Seebädern festgesetzt, wo sie am Meeresufer Concerte geben,

um den Ueberschuß des eingesammelten Geldes an die darbenenden Familie nach Hause zu senden. Unter den Grubenbesitzern herrscht der aufrichtige Wunsch, dem herrschenden Glend, das in der handeltreibenden Bevölkerung und unter den Krämeren noch weit schrecklicher ist als unter den Arbeitern, möglichst bald ein Ende zu machen, und aus diesen Kreisen an die Arbeiter abzumachen die Aufforderung ergangen, zur Arbeit zurückzukehren, unter der alten gleitenden Lohnskala, aber mit einem Mindestlohn. Die Arbeiter haben diese Einladung abgelehnt; sie wollen keine gleitende Lohnskala mehr, weil sie nach ihrer Ansicht beim gewaltigen Wettbewerb unter den Zechenbesitzern die Löhne herabdrückt. Doch ist es merkwürdig, daß von den 16 Mitgliedern des leitenden Ausschusses der Grubenarbeiter 11 für die gleitende Lohnskala waren; es haben die von außen kommenden Einflüsse eine solche Herrschaft über die sonst so friedlichen und nachgiebigen Leute gewonnen, daß sie ihren eigenen Wortführern nicht mehr folgen wollen.

Griechenland.

Athen, 17. August. Der Kriegsminister ordnete eine Untersuchung gegen die Generalstabsoffiziere des Kronprinzen im letzten Kriege an, weil diese bei der Räumung von Larissa sämtliche militärische Karten dort zurückließen, deren sich die Türken bei den späteren Schlachten bedienten.

Athen, 17. August. Der frühere Ministerpräsident Kallis erklärte einem Redakteur des Blattes „Asty“ gegenüber: Als er kürzlich vom Sultan empfangen wurde, habe dieser den lebhaften Wunsch nach einer Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei ausgedrückt und dabei als Beispiel das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich nach 1866 erwähnt. Kallis fügte hinzu, er würde einem griechisch-türkischen Bündniß begeistert zustimmen und werde für dasselbe wirken, selbst wenn man ihn deshalb für einen Verräther erkläre. Er hoffe, ein solches Bündniß werde zu einer schnellen Lösung aller zwischen der Türkei und Griechenland schwebenden Fragen führen können.

Indien.

Bombay, 17. August. Die Pest ist hier wieder epidemisch geworden. In der letzten Woche starben 103 Menschen in Folge der Seuche, gegen 85 in der Vorwoche.

Wer bezahlt die amerikanischen Kriegskosten?

Was von vornherein wahrscheinlich war, wird von Tag zu Tag mehr zur Gewißheit: die Vereinigten Staaten Nordamerikas wollen sich die Kosten ihres Krieges gegen Spanien dadurch bezahlen lassen, daß sie die Einfuhrzölle, die erst im vorigen Jahre, bald nach dem Amtsantritt des Präsidenten McKinley, in die Höhe geschraubt wurden, abermals erhöhen. Ganz Europa soll also, so denkt der Yankee kaltblütig, ihm bezahlen, was ihm der Erwerb der Antillen gekostet hat. Es liegt selbstredend, nachdem erst soeben der Präliminarfriede mit Spanien geschlossen ist, in Washington noch keine Gesetzesvorlage auf dem Tische; aber sie wird kommen, das ist ganz zweifellos; die Andeutung aus offiziellen und nichtoffiziellen Kreisen sind nur allzu bestimmt, und es entsprach von je der Gesinnung der Nord-Amerikaner am meisten, Andere für sich bluten zu lassen.

Die europäische Export-Industrie nach den Vereinigten Staaten, welche froh war, als der Krieg sich seinem Ende zuneigte, wird dem, was sich drüben vorbereitet, mit gemischten Gefühlen entgegensehen. Die amerikanischen Besteller waren von je groß im Drücken der Preise; werden die Zölle abermals erhöht, so wird wiederum